

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen.

Postkontonro: Dresden 1530
Stroasse Riesa Nr. 82.

Nr. 180.

Donnerstag, 5. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Zeilenbreite (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklametexte 100 Gold-Pfennige; zeilenweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesneranten oder der Verlegeranstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. K. Teichwälder, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Politik und Wirtschaft.

Der amerikanische Ausschuss der internationalen Handelskammer in Paris hat es sich offenbar zur Hauptaufgabe gemacht, die europäischen Wirtschaftsverhältnisse, insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Länder untereinander zu erforschen und Vorschläge für die Beseitigung bestehender Hindernisse zu machen. Die amerikanische Sektion hat mit dieser Arbeit der europäischen Wirtschaft und nicht zuletzt Deutschland schon große Dienste erwiesen. Vor einigen Monaten wurde von ihr eine Denkschrift über die Wirtschaftslage in Deutschland veröffentlicht, die zu einer großen internationalen Aussprache über das deutsche Reparationsproblem führte und die wesentlich dazu beigetragen hat, die internationale Öffentlichkeit über diese Frage zu Gunsten Deutschlands zu belehren. Deutschland ist also der amerikanischen Sektion der internationalen Handelskammer zu Dank verpflichtet.

Reuendings ist von der internationalen Handelskammer eine Veröffentlichung über die Beseitigung der internationalen Handelshindernisse herausgegeben worden, die sich sehr eingehend mit den europäischen handelspolitischen Verhältnissen beschäftigt und die ebenfalls die Arbeiten der amerikanischen Sektion zur Grundlage hat. Aus dieser Veröffentlichung interessiert Deutschland u. a. das, was über die Monopolstellung gesagt wird, da es sich zu einem nicht geringen Teil auch auf das deutsche Kartellwesen bezieht. Es ist bekannt, daß die amerikanische Regierung seit langem einen sehr energischen Kampf gegen die ausländischen Monopole führt. Auch das deutsche Kartellwesen, das etwa 70 Prozent der Weltproduktion an Stahl umschließt, ist des öfteren Gegenstand der heftigsten Angriffe, vor allem seitens des amerikanischen Staatssekretärs Hoover gewesen. Die Preisfestsetzung des deutschen Stahlkates sei, so nimmt man in Amerika an, deutlich gegen die amerikanischen Landwirtschaft gerichtet gewesen. Auf die Kartellpolitik dieser Verbände wurde feinerzogen von der deutschen Industrie auf das Nachdrücklichste hingewiesen, und es scheint, als ob die amerikanische Öffentlichkeit sich bis auf weiteres beruhigt hätte.

Der amerikanische Kampf gegen die Monopolstellung gewisser Ausländer ist natürlich nicht frei von politischen Einflüssen. Man kann sogar sagen, daß politische Erwägungen dabei ausschlaggebend sind. Während des Krieges hat es sich auf das Schärffste bemerkbar gemacht, wie gefährlich die Monopolstellung eines Landes für ein anderes werden kann. Aber auch unter normalen Verhältnissen bedeutet die Monopolstellung für das betreffende Land eine sehr wichtige politische Waffe, Deutschland hat jedoch noch niemals daran gedacht, diese Waffe zu benutzen, denn schon aus Rücksicht auf die Weltindustrie und auf die anderen Industrien, die Monopolstellungen besitzen oder besaßen, wie etwa die Farb-, Holz- und chemische Industrie irgendwo auszunutzen. Amerika besitzt eigentlich nur in der Erzeugung von Baumwolle ein Monopol, das aber kaum gegen irgend ein anderes Land ausgewertet werden kann. Die amerikanische Baumwollproduktion beläuft sich auf etwa 70 Prozent der Weltproduktion, so daß sie (auch angesichts des großen Eigenverbrauchs Amerikas) schließlich nicht von allgütiger Bedeutung ist. Vor allem ist es England, das zusammen mit seinen Kolonien und Dominions in einer ganzen Reihe von Landwirtschafts- und Industriezweigen (Gummi, Jute, Wolle usw.) Monopolstellungen besitzt, die Amerika seit langem ein Dorn im Auge sind. Die Politik dieser Monopole gegenüber Amerika hat zweifellos oft Formen angenommen, gegen die die amerikanischen Beschwerden durchaus gerechtfertigt waren. Die Veröffentlichung der amerikanischen Sektion der internationalen Handelskammer in Paris wendet sich daher in recht harter Form gegen diese Politik, die entschieden geeignet ist, nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen im internationalen Handelsverkehr zu verschlechtern.

Der Bericht geht ferner auf die Wirtschaftsverhältnisse ein, die sich in Mittel- und Westeuropa nach dem Frieden von Versailles ergeben haben. Besonders die neuentstandenen Länder bellen sich eines außerordentlich starken Wirtschaftsnationalismus. Deutschland hat das besonders gegenüber Polen erfahren, das wirtschaftliche Notwendigkeiten hinter seiner politischen Antipathie gegenüber Deutschland zurückstellt. Die deutschen Kaufleute in Polen werden von der polnischen Regierung grundsätzlich schlechter behandelt als andere Kaufleute, obwohl Polen doch in recht starkem Maße auf den Handelsverkehr mit Deutschland angewiesen ist. Der Bericht fordert daher eine Entpolitisierung der wirtschaftlichen Beziehungen unter einzelnen Ländern; diese Forderung ist zwar sehr allgemein gehalten, sie trifft aber außerordentlich gut auf die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu. Die Beziehungen der internationalen Handelskammer gewinnen dadurch ein besonders aktuelles Interesse, daß sie die Unterstützung der neuen Staaten von der Entpolitisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit abhängig machen wollen. Da Polen in diesem Augenblick besonders hart auf ausländische Hilfe angewiesen ist, wird der Bericht der Handelskammer offensichtlich seinen Zweck nicht verfehlen und Polen zu einer Änderung seiner handelspolitischen gegenüber Deutschland veranlassen.

Amerikanische Vorschläge zur Vereinigung aller Kaufleute.
Journal of Commerce meldet aus Washington, daß das amerikanische Komitee der internationalen Handelskammer in einer Erklärung den Vorschlag unterbreitet, die Kaufleute der ganzen Welt sollten sich durch Vermittlung der internationalen Handelskammer vereinigen. Die Erklärung enthält die Überzeugungen für die Behandlung des auswärtigen Handels, des ausländischen Rechts und des aus-

Um die Revision des Dawesplanes.

Um die Rheinlandbesetzung.

Die deutsche Botschaft in Paris berichtet von einer Unterredung zwischen dem Botschafter von Poeth und dem französischen Außenminister Briand über Fragen des besetzten Gebietes. Die Kommentare zu dieser Unterredung besagen nichts weiter, als daß die bisherigen Gegenstände unangetastet fortbestehen. Frankreich hat sich also immer noch nicht zu der deutschen Auffassung über die "Normalisierung" bekehrt, und es besteht auch wenig Aussicht, daß es das in absehbarer Zeit tun wird. Briand hat zwar in dem bekannten Interview erklärt, daß er weiter dafür eintreten werde, daß die Rückwirkungen des Locarno-Paktes möglichst bald in Kraft treten. Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund scheint Briand aber nicht daran zu denken. Wir sind dagegen der Meinung, daß gerade diese Fragen vor dem Beginn der Genfer Tagung reiflich geklärt sein müssen. Wenn Briand bisher immer erklärt hat, daß die Völkerbundskriterien und die finanzpolitischen Verhältnisse in Frankreich ihm keine Zeit gelassen hätten, sich mit den Fragen der Besetzung zu befassen, so mag das für die Zeit seiner Ministerpräsidentschaft vielleicht zutreffend gewesen sein. Nachdem Briand aber nur noch Außenminister ist, wird man annehmen können, daß er sich endlich etwas energischer mit den Problemen, die sich aus dem Locarno-Pakt ergeben haben, beschäftigt. Offenbar beabsichtigt Briand, diese Fragen erst, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen ist, im Laufe der Genfer Verhandlungen mit den deutschen Delegierten zu behandeln. Welche Haltung die deutsche Regierung demgegenüber einnimmt, ist uns unbekannt. Wir halten es auf jeden Fall für angebracht, daß noch vor dem Beginn der Völkerbundtagung diese Dinge ihrer Lösung näher geführt werden.

Zusammenkunft Schacht-Strong.

Die seit einiger Zeit erwartete Zusammenkunft des Präsidenten der amerikanischen Federal Reservebank, Strong, mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist nunmehr Tatsache geworden. Auf Grund der am Sonnabend stattgehabten Beratungen des Dawesauschusses in London hat Strong den Reichsbankpräsidenten telegraphisch gebeten, sofort nach einem, allerdings nicht bekanntgemachten, europäischen Orte abzureisen, um mit ihm Besprechungen finanzpolitischer Art anzuknüpfen. Dr. Schacht hat sofort Berlin verlassen und weilt bereits in einer ausländischen Stadt, wo die Besprechungen mit dem Präsidenten der Federal Reservebank bereits begonnen haben. Man darf annehmen, daß Strong die Besprechung mit dem Reichsbankpräsidenten im Auftrage von Finanzminister Brüning der verschiedenen Länder und des Reparationsagenten Parker Gilbert führt. Allem Anscheine nach hat Strong von Gilbert bestimmte Vollmachten erhalten. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, kann die Aussprache

ländischen Kapitals. Diese Erklärung soll ein Teil eines Planes sein, der die Hindernisse, die den internationalen Handel erschweren, beseitigen will. Das Komitee bezeichnet folgende sechs Punkte als die Haupt Hindernisse für den internationalen Güterverkehr: 1. Das Kartellwesen der Kaufkraft, 2. die Erwerbslosigkeit der Währungs- und die schwankenden Wechselkurse, 3. die politische Unsicherheit, 4. die unterschiedliche Behandlung und die Abneigung gegen fremdes Kapital, 5. die Vermehrung der Zollschranken durch die Schaffung neuer politischer Gebilde, 6. die Einmischung der Regierungen in die Gebiete der Industrie und des Handels, die eigentlich der privaten Unternehmungslust zu überlassen sind. Das Komitee ist der Ansicht, daß die unberufene Einmischung der Regierungen, durch Festsetzung von Preisen und durch Einschränkungen bei der Rohstoffherzeugung gegenüber den davon abhängenden Verbrauchern nicht billig ist. Das Komitee schlägt vor, die internationale Handelskammer möge der Preisfestsetzung der wichtigsten Rohmaterialien und der Erzeugungseinschränkungen durch die Regierung ihre abtönende Einwirkung zum Ausdruck bringen.

Ueberrumpelungs-Befürchtungen.

Die Tatsache, daß der Reichsregierung vom Sekretariat des Völkerbundes die Einladung zur Teilnahme an den kommenden Verhandlungen erst übermittelt werden soll, wenn sich die verschiedenen Völkerbundstaaten über die Verteilung der Ratssitze geeinigt haben werden, gibt in politischen Kreisen vielfach zu Bedenken Anlaß. Man befürchtet, die Vertreter der Völkerbundmächte würden zunächst in Genf ohne Deutschlands Anwesenheit wichtige Beschlüsse über die Verteilung der nichtständigen Ratssitze fassen und danach die deutsche Delegation vor vollendete Tatsachen stellen. Namentlich in deutschen nationalen Kreisen hält man einen derartigen Ueberrumpelungsversuch nicht für ausgeschlossen.

Wir haben nunmehr Veranlassung genommen, uns an informierter Stelle über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen der Regierungen von Paris und London mit Polen und Spanien über die Frage der Verteilung von nichtständigen Ratssitzen zu erkundigen. Danach besteht zunächst keinerlei Gefahr mehr, daß Irland eine Macht ist

der beiden Bankfachmänner als die Einleitung von Finanzverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich betrachtet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Dr. Schacht im Anschluß an die Verhandlungen mit Strong nach Paris begeben wird, um dort Besprechungen mit dem Präsidenten der Bank von Frankreich anzuknüpfen.

An Berliner zuständigen Stelle wird entgegen Behauptungen von Auslandsblättern darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite noch keine Maßnahmen zwecks Stabilisierung der französischen Valuta in Angriff genommen sind. Derartige Schritte sind auch zunächst nicht beabsichtigt. Sie können übrigens nur im Rahmen des Dawesplanes erfolgen. Hierfür ist vor allem eine Rücksprache der zuständigen deutschen Stellen mit dem Reparationsagenten Parker Gilbert erforderlich.

Zusammentritt des Völkerbunds-Ausschusses für die Ratfrage.

Wie verlautet, ist es wahrscheinlich, daß der Ausschuss für die Zusammenfassung des Völkerbundsrates, der sich nach Unterbreitung eines Interimsberichts im Juni vertagt hatte, vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates am 2. September wieder zusammenkommen wird. Lord Cecil ist der britische Vertreter in diesem Ausschuss. Es wird erwartet, daß die Zusammenkunft Ende dieses Monats stattfinden wird. Neuter zufolge ist man der Ansicht, daß infolge der Tatsache, daß die Haltung Spaniens in der Frage der Zuweisung eines ständigen Ratssitzes sich als weniger unangenehm als die Verhältnisse erwiesen hat, bei einer neuen Zusammenkunft dieser Ausschuss zur Vorbereitung der Sitzung des Rates selbst viel nützliche Arbeit verrichten kann.

Marquis Margas

über die Stellung Spaniens zum Völkerbunde.

Einem Zeitungsvertreter erklärte Marquis Margas, der ehemalige zeitweilige Präsident des Direktoriums und spanischer Botschafter beim Völkerbund, hinsichtlich der nächsten Völkerbundsversammlung in Genf, Spanien brauche einen ständigen Sitz im Völkerbundsrate. Falls die Regierung auf Grund des Ergebnisses der Genfer Versammlungen im September es für ihre Pflicht ansehe, sich aus dem Völkerbunde zurückzuziehen, so würde das keineswegs die Rückkehr Spaniens zur Völkerbund bedeuten, da sich ja auch andere sehr wichtige Länder von Genf fernhielten, und außerordentlich bedeutungsvolle internationale Verträge, wie diejenigen von Washington und Locarno, ohne Vermittlung des Völkerbundes abgeschlossen worden seien. Auch das internationale Ansehen Spaniens werde durch einen solchen Schritt in keiner Weise leiden.

Beto gegen die Aufnahme Deutschlands einlegen wird. Dieser Punkt ist jedenfalls geklärt. Eine andere Frage ist allerdings, in welchem Maße Frankreich und England den Forderungen Polens nachkommen werden. Der polnische Außenminister hat soeben erst im Sejm erklärt, er habe nicht die Absicht, den Kampf um den ständigen Ratssitz im Völkerbund aufzugeben. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß Polen, nachdem es auf die Verteilung eines ständigen Ratssitzes nicht mehr rechnen kann, weitgehende Forderungen bezüglich der Dauer seiner Mitgliedschaft als nichtständiges Ratmitglied erhebt. Soweit man in Berlin unterrichtet ist, verlangt Polen schon im voraus die Garantierung eines nichtständigen Sitzes für die nächsten sechs Jahre. Diefem Verlangen steht aber der bekannte Vorstoß des englischen Völkerbundsdelegierten Lord Robert Cecil entgegen, der die Errichtung von neun nichtständigen Ratssitzen vorschlägt, die durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß für drei Jahre an nichtständige Ratmitglieder verliehen werden sollen. Nach Ablauf von drei Jahren müßte die Völkerbundsversammlung wiederum mit Zweidrittelmehrheit entscheiden, ob die nichtständigen Ratmitglieder ihren Sitz für weitere drei Jahre behalten dürfen. Schließlich verlangt Polen noch die Beseitigung der vorgegebenen Bestimmungen, nach der durch einfache Mehrheit ein nichtständiges Mitglied seinen Sitz verliert, wenn es durch Obstruktion die Arbeiten des Völkerbundes holt.

Während sich somit Polen wenigstens mit einem nichtständigen Ratssitz mehr oder weniger einverstanden zu erklären scheint, ist die Haltung Spaniens noch äußerst ungewiß und kann zu Ueberraschungen führen. Der spanische Außenminister hat erst dieser Tage erklärt, Spanien werde seine Ansprüche weiter aufrecht erhalten. Danach ist ein neuer Vorstoß der Madrider Regierung auf der nächsten Völkerbundtagung nicht unwahrscheinlich. Spanien hat somit keine Forderung auf Zuteilung eines ständigen Ratssitzes noch nicht aufgegeben. Während Frankreich und England diesen Anspruch der Madrider Regierung entschieden ablehnen, wird Deutschland gegebenenfalls das Verlangen Spaniens nachdrücklich unterstützen. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, ist eine Aufnahme Spaniens als ständiges Ratmitglied nur zu begrüßen, weil damit gewissermaßen ein Gegengewicht gegenüber den Verbandspartnern von Versailles geschaffen würde.